

Der Verfassungsprozess in Thailand aus der Perspektive sozialer Bewegungen

Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften zwischen der Forderung nach Grundrechten und der Ablehnung einer Juridifizierung der Politik

Exposé eines Forschungsprojekts

Antrag auf Förderung beim Jubiläumsfonds der österreichischen Nationalbank

20. Juli 2011 (auf der Grundlage der Gutachtenauszüge überarbeitete Version des Antrags vom 18. Jänner 2011)

Projektleiter

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar
Institut für Internationale Entwicklung
Sensengasse 3, Stiege 2, Tor 2
1090 Wien
01-4277-239-06
wolfram.schaffar@univie.ac.at

Sachbearbeiter

Mag. phil. Ralph Guth
Wilhelmstraße 1C/13
1120 Wien
ralph.guth@gmx.at, r.guth@lancaster.ac.uk

Kooperationspartner

Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen der Fakultät für Politikwissenschaft, Chulalongkorn-Universität, Bangkok durchgeführt.

Assistant Prof. Naruemon Thabchumpon, Ph.D
Faculty of Political Science, Chulalongkorn University
Henri Dunant Rd., Pathumwan,
Bangkok 10330, Thailand
junaruemon@hotmail.com

Fach- und Arbeitsrichtung

Das Projekt verfolgt einen transdisziplinären Ansatz, der Herangehensweisen und Erklärungsmodelle der Politikwissenschaft, Rechtsanthropologie und Kulturwissenschaft verbindet.

Antragszeitraum und Gesamtdauer

Voraussichtliche Gesamtdauer: 24 Monate
Gewünschter Beginn der Förderung: 01. Jänner 2012

Gliederung

1. Kurzvorstellung des Projekts	4
Hintergrund und Relevanz der Forschungsfrage.....	4
Bedeutung für die Region Südostasien.....	4
Thailand und die weltweite Krise der Demokratie.....	4
Modernisierungstheorie und das Konzept Zivilgesellschaft.....	5
Die Krise der Institutionen des liberalen Verfassungsmodells.....	6
Zentrale Fragestellung und Methode.....	7
2. Ausführliche Darstellung: Stand der Forschung, eigene Vorarbeiten	9
Der gegenwärtige Stand der Verfassungsdiskussion in Thailand.....	9
Konstitutionalismus in Thailand im internationalen Vergleich.....	10
Konstitutionalismus und soziale Bewegungen.....	11
2.1. Stand der Forschung	12
Stand der Forschung zu Konstitutionalismus und sozialen Bewegungen in Thailand.....	12
Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen und Konstitutionalismus allgemein.....	13
2.2. Eigene Vorarbeiten / Arbeitsbericht	15
Eigene Arbeiten zum Themenfeld im Überblick.....	16
Veröffentlichungen.....	16
Vorträge auf internationalen Konferenzen und Workshops (Wolfram Schaffar).....	18
Vorträge auf internationalen Konferenzen und Workshops (Ralph Guth).....	20
3. Konzepte, Hypothesen und Arbeitsprogramm	21
3.1. Konzepte	21
Strategien sozialer Bewegungen am Beispiel von HIV-Gruppen.....	22
HIV-Gruppen als politische Akteure.....	22
3.2. Hypothesen	25
3.3. Arbeitsprogramm	26
Transdisziplinarität.....	26
Disziplinäre Verortung der Arbeitsgruppe.....	26
3.3.1. Empirische Arbeit: Diskurse und Akteure	27
1) Untersuchung des zivilgesellschaftlichen und kritischen akademischen Diskurses.....	27
2) Untersuchung des Diskurses zur Verfassung in drei ausgewählten sozialen Bewegungen / NGOs.....	28
Thai Network of People Living With HIV and AIDS (TNP+).....	29
Campaign for Popular Media Reform (CPMR).....	29
Triumph International Thailand Labour Union (TITLU).....	30
3) Untersuchung des Diskurses der Verfassungsautorinnen und –autoren.....	30

3.3.2. Empirische Arbeit: Datentypen und Analysemethoden	31
A) Geschriebene Texte, Kampagnenmaterial, Diskussionsbeiträge	31
B) Leitfadeninterviews	32
C) Teilnehmende Beobachtung	32
Schwerpunkte der Datensammlung	32
Thematische Arbeitsteilung innerhalb der Arbeitsgruppe	33
Zeitplan	34
4. Beantragte Mittel	35
4.1. Personalkosten	35
4.2. Verbrauchsmaterial	36
4.3. Auslandsreisen und Kongressreisen	36
4.4. Sonstige Kosten	37
4.5. Aufschlüsselung nach Jahren	38
5. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe in Wien / Kooperationen	39
Kooperationen in Wien	39
Kooperationen im Ausland	39
6. Unterschrift	41
7. Bibliographie	42

1. Kurzvorstellung des Projekts

Hintergrund und Relevanz der Forschungsfrage

Seit Anfang 2006 befindet sich Thailand in einer politischen Krise, die sich mit dem Putsch von September 2006 zu einer Staatskrise gesteigert hat. Seither ringen verschiedene politische Kräfte um eine neue Verfassung. Die Konfrontation der unterschiedlichen Lager erreichte zwischen März und Mai 2010 einen vorläufigen Höhepunkt in den bürgerkriegsähnlichen Aufständen der Rothemden, deren Niederschlagung jedoch keine Lösung, sondern nur eine Vertagung und Verschärfung des Konflikts bedeutete. Bei einer vorgezogenen Neuwahl des Parlaments im Juli 2011 erreichte schließlich die den Rothemden nahestehende Partei des Ex-Premier Thaksin Shinawatra die absolute Mehrheit im Parlament, wobei auch diese Wendung keine Lösung darstellt: Zum Zeitpunkt der Antragstellung, wenige Tage nach der Wahl, wurden bereits erste Stimmen aus den Reihen des Militärs laut, die die Legitimität der neuen Regierung anzweifeln.

Zentraler Konfliktpunkt sind unterschiedliche Vorstellungen, was die Grundprinzipien einer Demokratie ausmacht: Das Lager der Rothemden verfolgt eine plebiszitäre Vorstellung von Demokratie, bei der das Votum der Wähler im Zentrum steht und nach der die ihr nahestehende Partei um den charismatischen Ex-Premier Thaksin Shinawatra die Regierungsverantwortung beanspruchen kann. Die konservativen royalistischen Eliten, namentlich die Demokratische Partei, die die letzte Regierung stellte und wichtige Posten in der Armee und im Justizapparat besetzt hält, besteht darauf, dass sich neben dem Prinzip der Stimmenmehrheit eine Regierung durch verantwortungsvolles Verhalten (im Sinne guter Regierungsführung oder *good governance*) qualifizieren muss. Nach zahlreichen Korruptionsverfahren gegen Thaksin und sein Umfeld und mit der Begründung, die Thaksin-nahen Kräfte erreichten ihre hohen Zustimmungsraten nur über Stimmenkauf und populistische Versprechen, sieht sie sich selbst legitimiert, zeitweise auch ohne parlamentarische Mehrheit die Regierungsgeschäfte auszuüben (Schaffar 2010a,b).

Da sich der Konflikt den gängigen Erklärungsmustern (eines ethnischen, secessionistischen oder sozialen Konflikts) entzieht, werden in der tagesaktuellen Berichterstattung thailändische Spezifika herausgestellt, wie z.B. die Rolle der Monarchie, regionale Disparitäten. Der Konflikt erscheint als singuläres, nationales Problem. Die Situation in Thailand weist jedoch in mehrerlei Hinsicht über den Einzelfall hinaus und die Analyse hat weitreichende Bedeutung auf regionaler und globaler Ebene, in theoretischer Hinsicht und für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA).

Bedeutung für die Region Südostasien

Thailand galt bis zur gegenwärtigen Krise als Flaggschiff der Demokratie in Südostasien. In den 1980er Jahren, als in Malaysia, Indonesien und Singapur autoritäre Regime unangefochten herrschten, und in Vietnam, Laos und Kambodscha kommunistische Parteien die Macht monopolisierten, galt Thailand mit seinem semi-demokratischen System und einer weitgehend freien Presse als Vorreiter eines richtungsweisenden Demokratisierungsprozesses. Thailand wurde in dieser Zeit zum Standort für zahlreiche internationale Entwicklungsorganisationen, Sitz mehrerer UN-Organisationen und Bangkok nahm den Wettlauf mit Singapur als *Global City* auf und präsentierte sich erfolgreich als geeigneter Standort für Vertretungen transnationaler Konzerne. Daher geht vom Scheitern des Demokratisierungsprozesses in Thailand ein fatales Zeichen für die gesamte Region aus: Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach demokratischen Reformen in Myanmar/Birma werden seither vom dortigen Militärregime u.a. mit Verweis auf den strauchelnden Musterknaben Thailand zurückgewiesen. Ebenso fühlt sich die Regierung in China vom Scheitern des "westlichen" Systems liberaler Demokratie in Thailand bestätigt.

Thailand und die weltweite Krise der Demokratie

Ende der 1980er Jahre begann mit der Transformation der Länder des sozialistischen Blocks ein Prozess, der seinerzeit als letzter Schritt zur weltweiten Durchsetzung von Demokratie wahrgenommen wurde. Von Autoren wie Huntington (1991) als *Dritte Welle* der Demokratisierung popularisiert, erschien die Etablierung von liberalen Demokratien in zahlreichen Ländern als endgültige Durchsetzung von demokratischen Normen und Institutionen. Auch in Thailand kam es

1992 zu Massendemonstrationen für Demokratie auf den Straßen Bangkoks und bewirkten, dass das Militär sich von der politischen Bühne verabschieden musste. Neben dem Sturz von Ferdinand Marcos 1986 durch die *People's Power*-Bewegung auf den Philippinen, dem Sturz Mohamed Suhartos 1997 durch die *Reformasi*-Bewegung in Indonesien und anderen (erfolglosen) Bewegungen in Burma/Myanmar und Malaysia reihte sich Thailand in die Dritte Welle der Demokratisierung ein.

Den thailändischen Demokratisierungsprozess zeichnete jedoch vor allem die Verabschiedung der "Verfassung des Volkes" im Jahr 1997 aus. Getragen von einer breiten zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet, in der durch eine Reihe institutioneller Vorkehrungen eine gute Regierungsführung (*good governance*) und die Achtung von Menschen- und Freiheitsrechten verfassungsmäßig verankert wurden.

Der Optimismus der frühen 1990er Jahre wich jedoch im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends einer Ernüchterung, die erst durch die jüngsten Ereignisse in der arabischen Welt wieder relativiert wurde. Die US-amerikanische Organisation *Freedom House* stellte ihren Jahresbericht 2010 zur Entwicklung der Demokratie in der Welt unter den Titel "Freedom of the World 2010: Erosion of Freedom Intensifies" (Puddington 2010). Ebenso wurde bis Ende 2010 auf politikwissenschaftlichen Konferenzen anstatt der weltweiten Durchsetzung von Demokratie zunehmend eine globale *Krise der Demokratie* thematisiert (vgl. die Podien und Vorträge der Konferenz "Die Verfassung der Demokratien" der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)*, *Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW)* und *Schweizer Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW)* in Osnabrück im November 2008). Dabei standen Phänomene im Vordergrund wie die Krise der etablierten Demokratien, die sich in sinkender Wahlbeteiligung, in der Erosion von Parteien, im Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und im Erstarken populistischer Tendenzen äußerte und weiterhin äußert. In den Transitionsländern der 1990er Jahre wurde eine Stagnation der demokratischen Entwicklung oder gar eine Umkehrung der Demokratisierungsprozesse diagnostiziert. Thailand stand für diese Entwicklung wiederum paradigmatisch: Mit der Wahl von Thaksin Shinawatra im Jahr 2001 kam ein Regierungschef an die Macht, dessen Name in einem Atemzug mit Silvio Berlusconi und Hugo Chávez als Prototyp des neuen Populismus genannt wurde (Mizuno und Pasuk 2009). Seit dem Militärputsch von 2006, der Einführung einer weitreichenden Medienzensur und der Beschneidung von politischen Rechten und Freiheitsrechten galt Thailand als Beispiel für die Rückkehr des Autoritarismus (Case 2007, 2009).

Gegenwärtig wird die noch bis vor kurzem diagnostizierte *Krise der Demokratie* von den Umbrüchen in der arabischen Welt überstrahlt. Zum Zeitpunkt der Antragstellung herrscht die Wahrnehmung vor, dass es sich um eine Umwälzung handelt, deren Reichweite mit dem demokratischen Aufbruch von 1989 verglichen werden kann. Tatsächlich weisen Akteurinnen und Akteure, die in den gegenwärtigen Reformprozessen in der arabischen Welt involviert sind und die die Umbrüche in den osteuropäischen Staaten aktiv begleitet haben, auf Parallelen hin¹. Dabei stellen sie jedoch die Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit sowie den umkämpften Charakter der Umbruchsprozesse heraus, bei denen verschiedene Versionen und Utopien von Demokratie verhandelt werden. Gerade in dieser Situation ist es nötig, sich der krisenhaften Stagnation der Demokratisierungsprozesse in den post-sozialistischen Transitionsländern und den Ländern Südostasiens vor Augen zu halten, um charakteristischen (Fehl-)Entwicklungen, die in den 1990er Jahren zur Krise der Demokratien führten, vorzubeugen (Schaffar 2011b).

Modernisierungstheorie und das Konzept Zivilgesellschaft

Neben der rein empirischen Feststellung einer Krise der Demokratie verweist das Scheitern des Demokratisierungsprozesses in Thailand auf theoretische Probleme: Es zählt mittlerweile zum Alltagsverstand, Demokratisierungsprozesse mit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes zusammen zu denken. Das Entstehen einer Mittelschicht im Zuge einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik führt zur Entstehung einer aufgeklärten städtischen Mittelschicht, die wiederum Träger der

¹ Ich beziehe mich hier auf informelle Einschätzungen von Aktivistinnen und Aktivisten der sog. internationalen Zivilgesellschaft mit weit zurückreichender Erfahrung in politischer Arbeit, wie sie u.a. in Diskussionen beim *Fellows Meeting des Transnational Institute* (3.-5. Juni 2011 in Amsterdam), am Rande von Veranstaltungen des VICD (Wien 3. April 2011) oder in Netzwerken wie WIDE (*Women in Development*, Brüssel) ausgetauscht wurden.

Demokratisierungsprozesse ist – so die populäre Gedankenfigur der Modernisierungstheorie (Schaffar 2011a). Durch die Bangkokker Demonstrationen von 1992 wurde Thailand lange Zeit als Lehrbuchbeispiel für genau diesen Zusammenhang behandelt: Der wirtschaftliche Boom der 1980er Jahre, während dessen das Land als fünfter asiatischer Tigerstaat bezeichnet wurde, ließ in Thailand eine solche Schicht entstehen, und charakteristischerweise waren es genau Angestellte mit einem Handy in der Hand, die das Erscheinungsbild der Demonstrationen Anfang der 1990er Jahre prägten und der Bewegung den Namen "Handy-Mob" einbrachten.

Dass im Jahr 2008 die Bewegung der Gelbhemden, die ebenfalls als städtische Mittelschicht wahrgenommen wurden, für eine weitgehende Abschaffung von Wahlen demonstrierten und dabei auch vor militanten Aktionen wie der Besetzung des Flughafens nicht zurückschreckten, stellt die landläufige modernisierungstheoretische Analyse vor ernsthafte Probleme. Dies umso mehr, als auch auf den Philippinen und in anderen Ländern wie z.B. in Ost- und Mitteleuropa ähnliche Entwicklungen zu beobachten sind (Thompson 2008, Kopecky/Mudde 2005). Die Förderung der Zivilgesellschaft (*civil society*), die bei allen entwicklungspolitischen Maßnahmen eine wichtige Rolle spielt, weicht der Sorge vor einer *uncivil society*.

Die Krise der Institutionen des liberalen Verfassungsmodells

Neben der Infragestellung von so zentralen Konzepten wie Mittelschicht und Zivilgesellschaft, die für die Einschätzung von Demokratisierungsprozessen zentral sind, verlangt der Fall Thailands, grundlegende Annahmen über den Zuschnitt staatlicher Institutionen (*polity*) zu hinterfragen, deren Verbreitung oft schematisch und unhinterfragt als *Ziel* von Demokratisierungs- und Entwicklungsprozessen weltweit vorangetrieben wurde und wird. Diese Problematik steht im Zentrum des hier beantragten Projekts.

Es geht dabei nicht um eine Infragestellung des universellen Anspruchs von Demokratie als (Regierungs-)Prinzip. Das Projekt positioniert sich nicht in einer post-strukturalistischen Theorietradition, die z.B. aus einer post-kolonialen Blickrichtung Demokratietheorien und die darüber begründeten Forderungen nach demokratischen Institutionen als eurozentrisches Unterfangen relativiert. Ebenso wenig soll mit dem Blick auf Thailand eine "indigene" alternative Vorstellung von Demokratie herausgearbeitet und gegen eine "europäische" Vorstellung in Stellung gebracht werden, wie das z.B. in Arbeiten zu Bolivien in jüngerer Zeit unternommen wird (Zibechi 2008). Es geht vielmehr darum, das Ringen um Demokratie in seiner Prozesshaftigkeit zu erfassen. In den Ländern Europas und Nordamerikas hat dieser Prozess so unterschiedliche demokratische Regierungssysteme wie das britische Westminster-System, die schweizer Konsens-Demokratie oder das US-amerikanische *checks and balances*-Modell liberaler Demokratie hervorgebracht. Die kritische Analyse der institutionellen Vielfalt bildet den theoretischen Ausgangspunkt des Projekts und nimmt dabei eine bestimmte weltweit beobachtbare Entwicklungstendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte in den Blick: Die zunehmende Verrechtlichung der Politik.

Auf unterschiedlichen politischen Ebenen ist eine zunehmende Verrechtlichung politischer und sozialer Prozesse zu beobachten: Verschiedenste soziale und politische Probleme werden über einen Rechtsdiskurs verhandelt und eine fortschreitende Verrechtlichung steht auch im Zentrum der meisten Strategien der Entwicklungszusammenarbeit (EZA). So wird dem Problem der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern, dem Problem der Benachteiligung von Behinderten sowie ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten gewöhnlich über das Mittel einer Definition von einklagbaren Rechten oder einer Anti-Diskriminierungsgesetzgebung begegnet. Ein Beispiel ist die *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women* (CEDAW, UN 1979), die von den Vereinten Nationen auch als *bill of rights for women* bezeichnet werden, oder das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Anti-Diskriminierungsrichtlinien der EU und Österreichs, die z.B. im Fall von Behinderten Barrierefreiheit als einklagbares Recht konzeptualisieren.

Darüber hinaus wird in jüngster Zeit auch das Armutproblem über einen Rechtsdiskurs verhandelt: Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) verfolgt seit 2008 unter dem Konzept *Legal Empowerment of the Poor and the Eradication of Poverty* (LEP) ein rechtsbasiertes Armutsbekämpfungsprogramm (UN 2009, UNDP 2008). Um Kriegsverbrechen und Völkermord unterbinden zu können, bemüht sich die internationale Gemeinschaft um die Etablierung eines internationalen Strafgerichtshofs. Und schließlich werden Institutionen wie die Welthandelsorganisation

(WTO) auf globaler Ebene als Rechtsquelle eines internationalen Handelsrechts wahrgenommen und treiben einen Prozess internationaler Rechtssetzung voran.

Auf der Mikroebene, d.h. in den alltäglichen Beziehungen der Menschen untereinander, spiegelt sich die Globalisierung des Rechts in der Entwicklung eines spezifischen Rechtsbewusstseins wider (Merry 2001, 2006a,b). Erst die Entwicklung einer bestimmten Selbstwahrnehmung und Interpretation der eigenen Position in juristischen Kategorien verhilft globalen Initiativen wie z.B. der CEDAW oder dem LEP-Konzept zum Erfolg. Dieser Aspekt erlangt in rechtssoziologischen und rechtsanthropologischen Untersuchungen zunehmend Aufmerksamkeit.

Rechtssoziologen und –anthropologen haben den Demokratisierungsprozess Thailands, insbesondere den Entwurf und die Verabschiedung der Verfassung des Volkes von 1997 als originär thailändische Artikulation eines entwickelten Rechtsbewusstseins interpretiert (Munger 2006/2007, 2007). Die Verfassung des Volkes zeichnet sich gerade durch eine Vielzahl an institutionellen Neuerungen aus, die eine Verrechtlichung spiegeln: Eine ausführliche Charta von Grundrechten und eine Vielzahl von neu geschaffenen Verfassungsorganen und Institutionen, die die Einhaltung dieser Rechte überwachen; eine Menschenrechtskommission, eine Anti-Korruptionskommission, und allem voran ein aktives Verfassungsgericht. Abgesehen von der Tatsache, dass dieses Verfassungsmodell den weltweiten Trend von Verfassungsinnovationen der 1990er Jahre entspricht und sich am Konzept der guten Regierungsführung (*good governance*) orientiert, wurde es, so Munger (2006/2007), vom Rechtsbewusstsein der Bevölkerung getragen. Ein Hinweis hierfür ist die breite Bewegung für die Verfassungsreform.

Das Scheitern dieses Verfassungsmodells in Thailand wirft daher über den Einzelfall Thailands hinaus fundamentale Fragen bezüglich dieses liberalen Verfassungsmodells auf und lässt auch die Strategie einer zunehmenden Verrechtlichung als Mittel emanzipatorischer Politik in einem kritischen Licht erscheinen. Ein Aspekt der politischen Krise in Thailand ist die Verselbstständigung des Justizapparats, der immer offener in das politische Geschehen des Landes eingreift, und das Scheitern der zahlreichen Verfassungsorgane, die zum Schutz von Grundrechten eingerichtet worden waren. Auf der Mikroebene lässt sich die Krise des liberalen Verfassungsmodells in der Abwendung der Bevölkerung vom formellen Rechtssystem diagnostizieren (Engel 2005).

Das Projekt setzt hier an und untersucht die Krise des liberalen Verfassungsmodells und die politischen und sozialen Prozesse im Zusammenhang der gegenwärtigen Auseinandersetzung um eine Verfassungsreform in Thailand. Im Zentrum steht dabei eine Analyse des Rechtsbewusstseins von politischen Akteuren, insbesondere von sozialen Bewegungen, die als entscheidender Faktor für den weiteren Verlauf des Demokratisierungsprozesses angesehen werden.

Zentrale Fragestellung und Methode

Die Untersuchung orientiert sich an den vergleichenden rechtssoziologischen Arbeiten von Hirschl (2000a, 2004a,b), der die soziale und politische Dynamik im Zusammenhang mit Verfassungsreformen der vergangenen dreißig Jahre untersucht und charakteristische Akteurskonstellationen und Prozesse herausgearbeitet hat. Hirschls Fokus liegt auf Verfassungsreformen, bei denen der Schritt hin zu einem liberalen Verfassungsmodell US-amerikanischer Prägung (*checks and balances*-Modell) vollzogen wurde, und daher lässt sich seine Untersuchung auch auf den Fall Thailands anwenden. Seine Herangehensweise greift jedoch insofern zu kurz, als er sozialen Bewegungen bei der Aushandlung und Verabschiedung von Verfassungsreformen keine eigenständige Rolle zugesteht.

Die Erfahrungen mit der Verfassungsreform in Thailand des Jahres 1997 und des Verfassungsreferendums von 2007 zeigen dagegen, welche entscheidende Rolle sozialen Bewegungen zukommt. Das Ringen um den europäischen Verfassungsentwurf unterscheidet sich zwar als Prozess in einem Mehrebenensystem von den Gegebenheiten in Thailand. Die Tatsache, dass beim Scheitern die Mobilisierung sozialer Bewegungen eine entscheidende Rolle spielte, unterstreicht jedoch die Rolle der Zivilgesellschaft und verweist auf die Relevanz des hier beantragten Projekts für generelle politikwissenschaftliche Fragen (vgl. auch Lorenz 2008 und die Analyse des europäischen Verfassungsprojekts in Hirschl 2004c).

Die geplante Untersuchung des Verfassungsprojekts in Thailand baut auf den grundlegenden Ergebnissen Hirschs auf, erweitert sie jedoch um eine Analyse von sozialen Bewegungen. Deren Positionierung wird über das Konzept des Rechtsbewusstseins (*legal consciousness*) erfasst und analysiert. Konkret werden dabei zwei Nichtregierungsorganisationen und eine Gewerkschaft untersucht und danach befragt, inwieweit sie in ihrem "politischen Alltagsgeschäft" eine rechtsbasierte Strategie verfolgen oder andere Strategien jenseits eines Rechtsdiskurses bevorzugen.

Die empirische Arbeit zu den sozialen Bewegungen geht von der Beobachtung aus, dass sozialen Bewegungen grundsätzlich zwei verschiedene Strategien zur Verfolgung ihrer Ziele zur Verfügung stehen, wobei sich eine juristische Strategie von einer politischen Strategie unterscheiden lässt. Während die juristische Strategie sich auf einen Rechtsdiskurs stützt und Gerichte als Arena der Auseinandersetzung wählt, verlässt sich die politische Strategie auf Protestformen, Demonstrationen etc., um eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu erreichen und Prozesse der Normsetzung selbst zu beeinflussen.

Das Projekt untersucht den Verfassungsprozess in Thailand als komplexen Demokratisierungsprozess. Der Fokus der Untersuchung liegt auf den Diskursen und Praktiken von sozialen Bewegungen. Die sozialen Bewegungen werden danach befragt, inwieweit sie in ihrer alltäglichen praktischen politischen Arbeit eine rechtsbasierte Strategie verfolgen oder sich auf die Partizipation in und Beeinflussung von politischen Aushandlungsprozessen konzentrieren. Aufgrund von Vorstudien (Schaffar 2009, sowie Vorträge in den Jahren 2010 und 2011) geht die Untersuchung von der Erwartung aus, dass wegen des Scheiterns der durch das liberale Verfassungsmodell von 1997 eingeführten Institutionen soziale Bewegungen sich nicht auf die Menschenrechtskommission, Verwaltungsgerichte und das Verfassungsgericht verlassen, sondern nach alternativen Aushandlungsmethoden und politischen Partizipationsmöglichkeiten suchen.

Die Erwartung ist, dass sich in dieser Suchbewegung alternative Demokratiekonzepte bilden, die zwar nicht wie in Bolivien und Ecuador in einer anti-kolonialen Haltung als indigene Formen von Demokratie den vermeintlich "westlichen" Formen liberaler Demokratie gegenüber gestellt werden. Bei den Entwicklungen in Thailand handelt es sich jedoch ebenso um eine Suchbewegung nach alternativen Formen jenseits eines *checks and balance*-Modells, das mit einer Verrechtlichung politischer Prozesse einhergeht.

Die Kooperationspartner auf thailändischer Seite sind die *Campaign for Popular Media Reform* und die Gruppe *Thai Netizen Network*, die sich für eine Medienreform und die Sicherstellung der Meinungsfreiheit im Internet engagieren. Daneben kooperiert das Projekt mit der Gruppe *Thai Network of People Living with HIV and AIDS* (TNP+) und dem Netzwerk *FTA-Watch*, die den Zugang zu antiretroviralen Medikamenten für HIV-Positive fordern, sowie mit der *Triumph International Thailand Labour Union* (TITLU), einer international agierenden Gewerkschaft von Näherinnen.

Schwerpunkte der Datensammlung, auf deren Grundlage das Rechtsbewusstsein (*legal consciousness*) der Akteure analysiert werden soll, sind geschriebene Texte (Kampagnenmaterial, Beiträge in politischen Blogs), Leitfadenterviews und Daten, die über teilnehmende Beobachtung erhoben werden. Die schriftlichen Quellen werden über eine quantitative Analyse bestimmter Schlüsselwörter und über eine kritische Diskursanalyse untersucht. Die Auswertung der Interviews und der Daten, die über teilnehmende Beobachtung erhoben werden, richtet sich nach den Analysemethoden, wie sie von Engel (2005) und Merry (2001, 2006a,b) zur Untersuchung von Rechtsbewusstsein etabliert wurden.

Die Ergebnisse des Projekts werden zunächst über die üblichen Formen der wissenschaftlichen Veröffentlichungspraxis zugänglich gemacht. Darüber hinaus ist eine enge Kooperation mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren in Thailand geplant, über die die Ergebnisse in die aktuellen politischen Debatten eingebracht werden und ein konstruktiver Dialog über die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen angeregt werden soll.